

Sozialausschuss Der Vorsitzende

Kiel, 13. September 2019 Landeshaus

Tel. (0431) 988 1142

(0431) 988 1171

Fax (0431) 988 610 1180 Sozialausschuss@landtag.ltsh.de

Kurzbericht

über die 35. des Sozialausschusses

am Donnerstag, dem 12. September 2019, 14:00 Uhr im Sitzungszimmer 139 des Landtags

Beginn: 14:05 Uhr

Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein

Gesetzentwurf der Volksinitiative für bezahlbaren Wohnraum Drucksache 19/1521

In Übereinstimmung mit dem federführenden Innen- und Rechtsausschuss beschloss der Sozialausschuss, den Entwurf eines Gesetzes zur Änderung der Verfassung des Landes Schleswig-Holstein, <u>Drucksache 19/1521</u>, dem Landtag zur Ablehnung zu empfehlen.

2. Sachstandsbericht der Landesregierung über die Pflegehelferausbildung Antrag der Abg. Birte Pauls (SPD)
Umdruck 19/2851

Auf Antrag der Abg. Birte Pauls (SPD) nahm der Ausschuss einen Bericht der Landesregierung zum Sachstand über die Pflegehelferausbildung entgegen.

3. Pflegekinder und Heimkinder finanziell entlasten

Antrag der Fraktion der SPD Drucksache 19/1515

Den Antrag der Fraktion der SPD, <u>Drucksache 19/1515</u>, erklärte der Ausschuss im Einvernehmen mit dem Antragsteller für erledigt. Gleichzeitig empfahl der Ausschuss dem Landtag einstimmig den aus <u>Umdruck 19/2913</u> hervorgehenden alternativen Antrag zur Annahme.

4. a) Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines kommunalen Beauftragten für Menschen mit Behinderungen

Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW <u>Drucksache 19/1286</u>

b) Entwurf eines Gesetzes zur Einführung eines Beauftragten für Menschen mit Behinderungen auf kommunaler Ebene

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD <u>Drucksache 19/1327</u> (neu) - 2. Fassung

Der Tagesordnungspunkt wurde vertagt.

5. Beschäftigungssituation von Menschen mit psychischen Beeinträchtigungen verbessern

Antrag der Abgeordneten des SSW Drucksache 19/1506

Einstimmig beschloss der Ausschuss, eine schriftliche Anhörung durchzuführen, nachdem er die Landesregierung gebeten hatte, ihm den Sprechzettel zur Verfügung zu stellen.

Die Fraktionen werden gebeten, Anzuhörende bis zum 27. September 2019 zu benennen.

6. Entwurf eines Gesetzes zur Abschaffung der Gleichstellungsbeauftragten in den Gemeinden, Kreisen, Ämtern und Hochschulen

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD Drucksache 19/1613

Mit den Stimmen der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, AfD und SSW bei Enthaltung der Fraktion der SPD schloss sich der Sozialausschuss der vom Innen- und Rechtsausschuss beschlossenen schriftlichen Anhörung an.

7. Entwurf eines Gesetzes zur Änderung des Gesetzes zur Ausführung des Kinder- und Jugendhilfegesetzes (Jugendförderungsgesetz - JuFöG) Gesetzentwurf der Abgeordneten des SSW

Drucksache 19/1632

Der Ausschuss beschloss einstimmig, eine schriftliche Anhörung durchzuführen. Die Fraktionen werden gebeten, Anzuhörende gegenüber dem Geschäftsführer bis zum 27. September 2019 zu benennen.

8. Entwurf eines Gesetzes zur Integration und Teilhabe (Integrations- und Teilhabegesetz für Schleswig-Holstein - IntTeilhG)

Gesetzentwurf der Fraktionen von CDU, Bündnis 90/Die Grünen und FDP Drucksache 19/1640

Einstimmig beschloss der Sozialausschuss, sich der im Innen- und Rechtsausschuss formulierten Bitte, die Landesregierung um die Zurverfügungstellung der Unterlagen des Dialogprozesses zu bitten, die nicht regierungsinternes Handeln beträfen, anzuschließen.

9. Entwurf eines Gesetzes zur Sicherstellung der hausärztlichen Versorgung im ländlichen Raum

Gesetzentwurf der Fraktion der AfD Drucksache 19/1612

Der Tagesordnungspunkt wurde abgesetzt.

- 3 -

10. Terminplanung 2020

Der Ausschuss beschloss den Terminplan für das Jahr 2020, Umdruck 19/2914.

Er kam überein, als Termin für die im kommenden Jahr durchzuführende Informationsreise die Zeit vom 8. bis zum 12. Juni oder die Woche vom 10. bis zum 14. August 2020 in Aussicht zu nehmen.

11. Verschiedenes

Die Fraktionen wurden gebeten, zu der zum Gesetzentwurf zur KiTa-Reform, Drucksache 19/1699, für den 24. und 25. Oktober 2019 geplanten mündlichen Anhörung Anzuhörende bis Dienstag, den 17. September 2019, zu benennen.

In nicht öffentlicher und vertraulicher Sitzung nahm der Ausschuss einen Bericht der Landesregierung zu Vorkommnissen in einer Jugendhilfeeinrichtung in Lübeck entgegen.

Schluss: 15:20 Uhr

gez. Thomas Wagner